

## Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Schul-, Sport- und Kulturausschuss
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 23.06.2021
Sitzung Nummer:	15 ( SSKA/15/2021)
Sitzungsdauer:	16:00 - 18:06 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Edith Braun  
Vorsitzende

Alessa Stobinski  
Protokollführung

### Anwesend:

#### Vorsitz

Frau Edith Braun

#### Mitglieder

Herr Jürgen Emanuel

bis 17.30 Uhr

Herr Peter Ludwig

Herr Bernd Prange

Herr Jürgen Teubner

bis 17.16 Uhr

#### Stellvertreter

Frau Christel Güldenpfennig

in Vertretung für Annegret Schwarz

#### sachkundige Einwohner

Herr Marcus Graubner

Herr Ulf Hamann

Herr Horst Janas

bis 17.30 Uhr

#### von der Verwaltung

Frau Dr. Ulrike Bergmann

Herr Sebastian Stoll

#### Teilnehmer

Frau Evelyn Edler

Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land

Herr Bernd Poloski

Bürgermeister der Hansestadt Havelberg

Herr René Schernikau

Bürgermeister der Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck

Herr Nico Schulz

Bürgermeister der Einheitsgemeinde Stadt Osterburg

### Abwesend:

#### Mitglieder

Frau Carmen Kalkofen

entschuldigt

Frau Annegret Schwarz

entschuldigt

#### sachkundige Einwohner

Frau Steffi Friedebold

entschuldigt

Herr Jochen Hufschmidt

entschuldigt

Herr Reinhard Röhl

entschuldigt

### Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Schul-, Sport- und Kulturausschusses sowie der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 14. Sitzung des Schul-, Sport- und Kulturausschusses vom 26.05.2021
- 6 Aussprache im Rahmen der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung bezogen auf die Grundschulbezirke der Grundschulen Osterburg und Iden mit den Bürgermeistern der Einheitsgemeinde Stadt Osterburg Herrn Schulz und der Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck Herrn Schemnikau
- 7 Aussprache im Rahmen der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung bezogen auf den Grundschulverbund für die Grundschule Sandau mit der Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land Frau Friedebold und dem Bürgermeister der Hansestadt Havelberg Herrn Poloski
- 8 Bericht zum Stand der Kreisschülerratswahl  
Berichterstatter: Dr. Ulrike Bergmann
- 9 Anfragen und Anregungen

---

### **Protokoll**

#### **zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Frau Braun eröffnet um 16.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

#### **zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Schul-, Sport- und Kulturausschusses sowie der Beschlussfähigkeit**

Frau Braun stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

Frau Schwarz und Frau Kalkofen sind abwesend.

Es fehlen die sachkundigen Einwohner Herr Röhl, Frau Friedebold und Herr Hufschmidt.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

#### **zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Da es keine Änderungsanträge gibt, wird nach der vorliegenden Tagesordnung verfahren.

**zu TOP 4 Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

**zu TOP 5 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 14. Sitzung des Schul-, Sport- und Kulturausschusses vom 26.05.2021**

Da es keine Einwände gibt, wird der öffentliche Teil der Niederschrift vom 26.05.2021 zur Abstimmung gestellt.

*einstimmig beschlossen*

**zu TOP 6 Aussprache im Rahmen der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung bezogen auf die Grundschulbezirke der Grundschulen Osterburg und Iden mit den Bürgermeistern der Einheitsgemeinde Stadt Osterburg Herrn Schulz und der Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck Herrn Schernikau**

Frau Dr. Bergmann leitet in das Thema ein.

Herr Schulz erläutert, dass die Entscheidung über das Wahlrecht in Walsleben getroffen wurde, da es der Wunsch der Elternschaft war. Von Seiten der Einheitsgemeinde Osterburg gab es keine Gegenanträge, da der Schulstandort Osterburg nicht gefährdet ist. Der Ortschaftsrat Walsleben hat diesen Antrag einstimmig beschlossen. An der Sitzung des Ortschaftsrates in Iden wurde ebenfalls teilgenommen und Rücksprache gehalten. Die Zahlen in Walsleben sind bei weitem nicht ausreichend, um den Standort Iden zu retten und dort 60 Schüler vorzuhalten. Die Erfahrung aus den letzten Jahren hat gezeigt, dass der Wunsch von den Eltern meist so groß ist, dass sie sich irgendwann versuchen, mit Protest durchzusetzen. Um den politischen Druck nicht zu erhöhen und den Standort Iden nicht zu zerstören, wurde also das Wahlrecht für Walsleben eingeführt.

Frau Braun teilt mit, dass es nun bereits ein Wahlrecht für 6 Ortschaften gibt. Im Kreistag hat man sich vor einigen Jahren darauf geeinigt, keine weiteren Schulstandorte zu schließen. Der Landtag berücksichtigt die ländliche Region überhaupt nicht. Aus diesem Grund sollten alle Landtagsabgeordneten aus dieser Region in die Pflicht genommen werden und sich dafür stark machen, dass die ländliche Region bei der Schulentwicklungsplanung berücksichtigt wird. Gerade hier müssen alle Schulstandorte erhalten werden.

Herr Schernikau teilt mit, dass sich die Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck ebenfalls dafür ausgesprochen hat, alle drei Standorte zu erhalten. Gemeinsam mit der Einheitsgemeinde Osterburg war man in Iden und Walsleben vor Ort und hat dort Gespräche geführt. Auch wenn Walsleben den Standort Iden nicht alleine retten kann, sollte es trotzdem das Ziel sein, den Standort Iden zu erhalten. Die Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck investiert daher sehr viel in diesen Standort. Der Flächencharakter unseres Landkreises wird in der Landesgesetzgebung nicht berücksichtigt. Von 14 geplanten Einschülern in Iden sind jetzt nur noch 9 Einschüler über. Die Eltern können beim Landesschulamt einen Antrag stellen, dass die Beschulung und Einschulung an anderem Standort, als der Einzugsbereich, stattfindet. Das Landesschulamt hat dabei zwar Ermessen, ist aber sehr starrköpfig. Deswegen sind die Eltern auch teilweise so sauer und kämpfen so sehr für das Wahlrecht.

Frau Braun erklärt, dass die Ablehnung der Anträge richtig ist. Sollte das Land diese Anträge immer bewilligen, wäre es nicht mehr notwendig, eine Schulentwicklungsplanung aufzustellen. Der Landkreis trägt die Verantwortung und muss daher die Schulentwicklungsplanung aufstellen. Die Gemeinden müssen anfangen, über den Tellerrand hinwegzuschauen. Wenn die Gemeinden weiterhin nur auf sich achten, wird es weitere große Probleme mit Schulstandorten geben. Wichtig ist natürlich auch, dass die Beförderungsrichtlinie des Landkreises eingehalten wird.

Herr Schulz merkt noch einmal an, dass die Schülerzahlen von Walsleben alleine nicht ausreichen, um den Schulstandort Iden zu retten. Die Sturheit des Landesschulamtes ist eine Ursache für die schlechte Stimmung in den Dörfern. Die Politik nimmt nur das Votum der Eltern auf und kämpft für die Umsetzung. Sowohl eine Strukturpolitik gegen den Willen der Eltern, als auch die Festlegung der Einzugsbereiche gegen den Willen der Eltern ist der falsche Weg.

Herr Prange teilt mit, dass die Übernahme des Elternwillens zwar gut ist, aber in dieser Situation wird der schwarze Peter dem Kreistag zugeschoben. So sollte es auf keinen Fall sein. Die Grundschulen sollen mit allen Möglichkeiten gehalten werden. Fakt ist, dass sich die Landespolitik ändern muss, aber das liegt nicht in der Hand des Kreises.

Frau Güldenpfennig erklärt, dass Schulschließungen immer problematisch sind. Aus diesem Grund sollte man alles daran setzen die Grundschulen zu erhalten. Fakt ist auch: Was einmal geschlossen ist, wird nicht mehr geöffnet.

Herr Emanuel merkt an, dass er im Stadtrat Osterburg mit seiner Fraktion gegen dieses Wahlrecht gestimmt hat. Durch die Entscheidung des Stadtrates wird der Standort Iden in Frage gestellt. Die Problematik ist bereits seit 4 Jahren bekannt. Schon damals hätte über die Einzugsbereiche gesprochen werden müssen. Dieses Wahlrecht bedeutet, dass die Schulentwicklungsplanung nicht weiter notwendig ist. Im Frühjahr wurde in Hindenburg über diese Problematik gesprochen. Die Eltern dort haben gedroht auf die Barrikaden zu gehen, wenn Einschulung in Iden stattfindet.

Frau Braun macht noch einmal deutlich, dass es in den nächsten vier Jahren um 12 Kinder geht. Dieses Wahlrecht bedeutet, dass wir allen Gemeinden die Möglichkeit eines Wahlrechtes einräumen müssten. Die Schülerförderung wäre dann nicht mehr handelbar.

Herr Ludwig erklärt, dass man gemeinsam dafür einstehen muss, dass auch Ausnahmegenehmigungen für den Landkreis erstellt werden. Nur so wird es auch in Zukunft möglich sein, im ländlichen Raum die Schulen zu erhalten.

Herr Teubner stimmt zu, dass das Problem vorwiegend beim Land liegt. Letztendlich muss es vor allem darum gehen, keine weiteren Schulen schließen zu müssen, da die Kinder dabei die Leidtragenden sind.

Frau Braun macht deutlich, dass auch ein Schulverbund das langsame Sterben des schwachen Standortes bedeutet.

Herr Schernikau merkt an, dass bereits seit 2017 massiv an dieser Problematik gearbeitet wird. Man hat sich mit dem Land auseinandergesetzt und versucht, eine Lösung zu finden.

Herr Graubner stimmt zu, dass das Land in der Pflicht ist und handeln muss.

Herr Hamann kann dies alles unterstützen.

Herr Woitek wird einstimmig das Rederecht erteilt. Er unterstützt noch einmal, dass keine Standorte mehr geschlossen werden sollten. Er gibt zur Kenntnis, dass es inzwischen die 7. Bevölkerungsprognose gibt.

Frau Dr. Bergmann weist darauf hin, dass die 7. Bevölkerungsprognose nicht betrachtet werden kann, da in der Verordnung die 6. Bevölkerungsprognose vorgeschrieben ist.

Frau Braun bittet Herrn Schulz und Herrn Schernikau erneut über das Wahlrecht nachzudenken. Die Thematik soll erneut in den Gremien der Gemeinden behandelt und eventuell eine andere Lösung gefunden werden. Am 28. 07. wird die Zusammenfassung der Schulentwicklungsplanung vorgestellt und besprochen.

Herr Schulz sichert zu, dass er den Stadtrat und Ortschaftsrat informieren wird.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

zu TOP 7

**Aussprache im Rahmen der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung bezogen auf den Grundschulverbund für die Grundschule Sandau mit der Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land Frau Friedebold und dem Bürgermeister der Hansestadt Havelberg Herrn Poloski**

Frau Edler erklärt, dass die Schulentwicklungsplanung dringend vom Land korrigiert werden muss, damit sie besser für den ländlichen Raum greift. Es haben Gespräche mit Bürgermeister Poloski und den Fraktionsvorsitzenden des Stadtrates Havelberg stattgefunden. Den Stadträten wurde die Möglichkeit eröffnet, einen Antrag zu stellen, um dieses Thema innerhalb des Stadtrates zu behandeln. Da dies nicht geschehen ist, ist kein Verbund mit Havelberg, sondern mit Schönhausen zustande gekommen. Das notwendige Konzept wird derzeit erarbeitet.

Frau Braun merkt an, dass solche Verbünde generell nicht stattfinden sollten. Warum ist kein Verbund zwischen Havelberg und Sandau möglich?

Herr Poloski erläutert, dass diese Thematik bereits länger bekannt ist.

Der Schulverbund mit Schönhausen diente am Anfang als Alternativlösung. Trotzdem wurde ein Verbund mit Havelberg favorisiert. Allerdings handelt es sich dabei um zwei verschiedene Gebietskörperschaften. Solange ein Verbund in eigener Verbandsgemeinde möglich ist, sollte dieser auch umgesetzt werden. Alle Stadträte haben sich so positioniert, dass ein Verbund mit Havelberg beschlossen worden wäre, wenn es keine Alternative gegeben hätte. Nach einer großen Beratung gab es tatsächlich nicht genug Argumente, diese Thematik in den Stadtrat zu bringen. Demnach sah es so aus, als ob sich für den Verbund mit Schönhausen ausgesprochen wurde.

Frau Braun erklärt, dass es für das Schulklima deutlich besser gewesen wäre, wenn ein Verbund mit Havelberg stattgefunden hätte. Eine Änderung des Einzugsbereiches ist nicht nachvollziehbar. Diese Diskussion wurde im Ausschuss nicht thematisiert.

Da der Kreistag über die Schulentwicklungsplanung entscheiden muss, wird Herr Poloski darum gebeten, diese Thematik noch einmal mit dem Stadtrat und der Verbandsgemeinde zu klären.

zu TOP 8 **Bericht zum Stand der Kreisschülerratswahl**  
**Berichterstatter: Dr. Ulrike Bergmann**

Frau Dr. Bergmann berichtet.

zu TOP 9 **Anfragen und Anregungen**

Da es keine Anfragen gibt, wird der öffentliche Teil der Sitzung beendet.